



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 35; September I 2005

Liebe Leserin, lieber Leser,

bereits bei der Festlegung der Tagesordnung für diese erste Plenarwoche nach der Sommerpause hatte es Unstimmigkeiten darüber gegeben, ob die vorgesehene Zustimmung des Europäischen Parlaments zur Unterzeichnung des Ankara-Protokolls durch die Türkei überhaupt gegeben werden darf. Dieses Protokoll beinhaltet die Ausweitung der Zollunion EU - Türkei auf die zehn neuen Mitgliedstaaten der EU, und seine Unterzeichnung ist Voraussetzung für den Beginn der Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005.

Die Türkei hatte das Abkommen zwar unterschrieben, aber in einer Zusatzklärung betont, dies sei keine völkerrechtliche Anerkennung der Republik Zypern. Zypriotischen Schiffen und Flugzeugen soll weiterhin der Zugang zu türkischen Häfen bzw. Flughäfen verwehrt werden. Das führt natürlich die Zollunion ad absurdum. Folgerichtig wurde dieses Thema dann unsererseits von der Tagesordnung genommen und verschoben. Die Juristen in Kommission und Rat sollen nun prüfen, ob so überhaupt Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beginnen dürfen.

Meine Meinung: Jetzt reicht es endgültig! Dies muss das Aus für den 3. Oktober sein! Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass die Türkei sich eine EU nach eigenen Wünschen bastelt!

Für Aufregung hatten auch die Berichte zum Schutz vor optischer Strahlung, zu Kinderarzneimitteln und zu Bergbauabfällen gesorgt, wobei unsere EVP-Fraktion schließlich aber das Schlimmste verhindern konnte.

Kinderarzneimittel

Kaum zu glauben, aber wahr: Es gibt viel zu wenige Kinderarzneimittel! Die Tatsache, dass über 50 % der in Europa zur Behandlung von Kindern eingesetzten Arzneimittel nicht eigens für die Verwendung bei Kindern zugelassen sind belegt, dass Kinder oft mit Arzneimitteln für Erwachsene behandelt werden. Dies aber kann gefährlich sein, da der kindliche Organismus anders reagiert als ein erwachsener Organismus. Ziel unseres Gesetzesvorschlags ist es daher, die Entwicklung von Arzneimitteln für Kinder im Rahmen einer qualitativ hochwertigen Forschung zu fördern.

"Sonnenschutz-Richtlinie"

Die Richtlinie legt Grenzwerte für optische Strahlungen fest, um Unfälle oder Gesundheitsschäden zu verhindern. Arbeitgeber müssen ggfs. Maßnahmen zum Schutz ihrer Arbeitnehmer ergreifen. Sinn macht das z.B. bei Laser- und Röntgenstrahlung. Unsinnig ist es jedoch, die Sonne EU-weit einheitlich gleich mit zu verbieten! Glücklicherweise gelang es uns in einer Allianz mit den Liberalen, wieder zurechtzurücken, was der Noch-Bundeswirtschaftsminister

Clement im Ministerrat verschlafen hatte. Es soll nun den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen werden, ob und wie Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer vor natürlichen UV-Strahlen ergriffen werden.

Beseitigung mineralischer Abfälle

Nach den schweren Unglücken in Spanien (1998) und Rumänien (2000), bei denen Böden und Flüsse mit Zyanid und Schwermetallen verseucht wurden, soll eine neue Richtlinie die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie verbessern und Umweltschädigungen vorbeugen.

Ausgerechnet von Seiten der Ruhrgebiets-Sozialdemokraten war allerdings eine Änderung in den Gesetzestext gebracht worden, die geeignet war, den Steinkohlebergbau in den Ruin zu treiben: Voraussetzung für das Einbringen von Abfällen (Bergematerial, Aschen, Abraum) in aufgelassene Stollen sollte nach Willen der SPD sein, dass der Abbauhohlraum absolut stabil sein muss. Dies aber widerspricht der bergbaulichen Praxis: Stollen werden erst durch das Einbringen von derartigen Abfällen stabilisiert; das anschließende Einbrechen der Stollen ist sogar erwünscht, um das eingebrachte Abfallmaterial maximal zu verdichten und so umweltneutral einzuschließen. Unsere Fraktion hat diesen Unsinn verhindert, gleichzeitig aber für strenge Umweltschutzmassnahmen in den verschiedenen Sparten des Bergbaus gesorgt.

Galileo

Galileo ist das künftige europäische, weltweit nutzbare Satellitenortungs- und Navigationssystem. Es ist die bislang erste und größte europäische öffentlich-private Partnerschaft mit einem privaten Konzessionär unter Beteiligung der EU. Die Aufbauphase mit Konstruktion und Start der Satelliten ist geplant für 2006 bis 2007, der Betriebsstart für 2008. Das Parlament unterstützte den Kommissionsvorschlag, die Aufbau- und Betriebsphase von Galileo im Zeitraum

2007 bis 2013 mit 1 Mrd. Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt zu finanzieren.

Herausforderungen des Tourismus

Europa ist weltweit das wichtigste Reiseziel; die Dienstleistungen im Fremdenverkehr und der Reiseverkehr leisten einen direkten Beitrag in Höhe von mindestens 4 % zum BIP der EU und stellen über sieben Millionen direkte Arbeitsplätze. Es gibt mehr als zwei Millionen Dienstleistungsunternehmen im Fremdenverkehr. Wir fordern von der Kommission und Mitgliedstaaten nun unter anderem, auf EU-Ebene eine Kontaktgruppe einzurichten, an der die Mitgliedstaaten und die Reiseveranstalter beteiligt sind, um die Informationen über den Umgang mit Gesundheitskrisen, Naturkatastrophen oder Terroranschlägen zu koordinieren sowie Probleme der persönlichen, rechtlichen und strafrechtlichen Unsicherheit (Festnahmen, Entführungen usw.) im Tourismussektor anzugehen.

Fernsehen ohne Grenzen

Die nun beschlossene Richtlinie "Fernsehen ohne Grenzen" ist der Eckpfeiler der Politik der EU im audiovisuellen Bereich. Sie beruht auf den Grundprinzipien des freien Verkehrs der europäischen Fernsehsendungen, des freien Zugangs zu außergewöhnlichen Ereignissen, der Förderung der europäischen Werke und der neuesten unabhängigen Produktionen, des Schutzes der Minderjährigen und der öffentlichen Ordnung, des Verbraucherschutzes sowie des Rechtes auf Gegendarstellung.

Bis zum nächsten Straßburgbrief Ende September grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an mein Büro in Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax 0032-228-49383